

## Schweiz

**Entscheidung.** Zürich erhält eine neue Stadtregierung. Die SP kann ihren vierten Sitz verteidigen und Filippo Leutenegger erobert den Sitz von Ruth Genner. Stadtpräsidentin bleibt die Sozialdemokratin Corine Mauch. **Seite 6**

## Basel

**Für Frauenquote.** Das Basler Stimmvolk hat sich für Geschlechterquoten entschieden. Es hat den Grossratsbeschluss deutlich bestätigt. **Seite 11**

**Feine Fasnachtskost.** Das G্লাibasler Charivari bot an der Premiere im Volkshaus ein kurzweiliges Programm mit deftigen Sprüchen. **Seite 16**

**Bausparen erlaubt.** Fast 75 Prozent der Baselbieter Stimmbürger haben der Wohneigentumsinitiative von Hans Rudolf Gysin zugestimmt. **Seite 18**

## Wirtschaft

**Mythos Hartz.** Die deutsche Wirtschaftskraft ist unbestritten, deren Ursache allerdings nicht: Wissenschaftler entzaubern derzeit die Hartz-Reformen und verweisen auf die Wiedervereinigung. **Seite 33**

## Sport

**Führung ausgebaut.** Der FC Basel bezwingt YB und schaut zu, wie die übrigen Titelkonkurrenten Punkte liegen lassen. **Seiten 37, 38**

**Sammlung erweitert.** Dario Cologna wird in Sotschi im ersten Rennen Olympiasieger und bricht für die Schweizer den Bann. **Seite 44**

## Mehr zu Olympia

Garri Kasparow über Olympia **Seite 7**  
Alle Resultate und Medaillen **Seite 41**  
Zwei regionale Athletinnen **Seite 42**  
Enttäuschter Simon Ammann **Seite 42**  
Zufriedene Sina Candrian **Seite 43**  
Jankas verpasste Chance **Seite 43**

## Wetter

**Region.** Der Himmel bleibt heute meist bewölkt. Zwischenzeitlich dürfte es auch regnen. Die Temperaturen bewegen sich bis zu sieben Grad. **Seite 22**

## www.baz.ch

**Online.** Darf sich die Schweiz heute über eine weitere Medaille freuen? An der Olympiade in Sotschi treten die Ski-Frauen zur Super-Kombination an. Hoffnungsträgerin ist Lara Gut.



# Volk und Stände nehmen die Masseneinwanderungs-Initiative an. Das ist besser, als man denkt

## Anmerkungen zu einem Erdbeben

Von Markus Somm



Noch vor wenigen Wochen hat ein Präsident eines bedeutenden nationalen Wirtschaftsverbandes sich sehr selbstsicher gezeigt: Angesprochen auf die

Masseneinwanderungs-Initiative, deren Chancen in den Augen mancher kantonaler Verbandsvertreter laufend zunahm, sagte der Präsident zu diesen Skeptikern: «Wir schliessen unter uns Wetten ab, ob wir die SVP-Initiative mit einem Anteil in den hohen fünfzig Prozent oder gar mit über sechzig Prozent versenken!» Daher schien es ihm, dem brillanten Prognostiker, nicht angezeigt, sich noch mehr für ein Nein zu engagieren. Wir haben Millionen hinter uns, sind noch Fragen?

**Es war einmal Economiesuisse** Hochmut kommt vor dem Fall. Nachdem die Wirtschaftsverbände, also Economiesuisse und auch der Arbeitgeberverband, schon den Jahrhundertkampf gegen die Abzocker-Initiative von Thomas Minder auf eine fast mit-leiderregende Art und Weise verloren hatten, ist ihnen gestern Sonntag vermutlich die härteste Niederlage seit Menschengedenken beigebracht worden. Wäre ich Mitglied in einem dieser Verbände, ich würde die Selbstauflösung empfehlen. Wie kann man als Wirtschaft die Stimmung der Bevölkerung im Land dermassen falsch einschätzen? Wo leben diese Leute? Auf dem Mond oder schon auf dem Mars?

Wären jene Kreise rechtzeitig auf die SVP zugegangen und hätten einen Kompromiss auszuhandeln versucht, oder hätten sie selber gemerkt, dass eine gewisse Steuerung der Einwanderung unabdingbar ist, soll sie möglich bleiben: Es wäre nie zu dieser gefährlichen Abstimmung gekommen.

**High Risk** Gefährlich, weil die Wirtschaft mit dem Feuer spielte, ohne sich dessen bewusst zu sein. Wäre diese Initiative knapp abgelehnt worden, wonach es ja lange aussah, wäre die Linke in diesem Land noch nie so mächtig gewesen. Die SP hätte von einem vor Schreck betäubten Bundesrat und einem schockierten Parlament alles verlangen können, um die negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit mit linken, untauglichen Rezepten aufzufangen. Mindestlöhne, noch



Wo leben sie? Der Bundesrat am Tag einer grossen Niederlage. Foto Keystone

mehr Lohnkontrollen, die faktische Abschaffung unseres liberalen Arbeitsrechts, Höchstmieten: Alles, was die Wirtschaft sonst mit Zähnen und Klauen bekämpft, wäre umgesetzt worden, um die Linke zu besänftigen, ohne die man die Personenfreizügigkeit nicht mehr länger hätte verteidigen können.

Es ist anders gekommen. Das ist gut – und in ein paar Jahren werden selbst die Wirtschaftsverbände das einsehen, sofern es sie noch gibt.

**Eine Regierung ohne Volk** Zum zweiten krachenden Verlierer: dem Bundesrat. Dass die derzeit amtierende Landesregierung nicht zu den glücklichsten und fähigsten unserer Geschichte zählt, ist vielen Bürgern nicht verborgen geblieben. Und doch überrascht diese Regierung immer wieder: Auch der Bundesrat leidet

Die Magistraten erhielten eine gesalzene Rechnung für sehr viele Missstände in der Migrationspolitik.

unter einer Art Weltfremde, die umso bemerkenswerter ist, als diese Männer und Frauen sehr viel Zeit für Reisen in alle Welt einsetzen. Es macht sie aber weder realistischer noch weltläufiger. Bundespräsident Burkhalter kam frisch aus Sotschi zurück, um an der Pressekonferenz des Bundesrates aufzutreten.

Was die Schweizer Stimmbürger gestern – wenn auch mit sehr knapper Mehrheit – den Herren von Bern mitgeteilt haben, ist einfach zusammenzufassen: Es reicht. Die Magistraten

erhielten eine gesalzene Rechnung für sehr viele Missstände in der Migrationspolitik der vergangenen zwanzig Jahre, die zum Teil überhaupt nichts mit der Personenfreizügigkeit zu tun haben, was die überschüssende Wut vieler Bürger umso mehr verdeutlicht. Ein Asylwesen ausser Kontrolle, multikulturell überforderte Schulen, steigende Kriminalität, Sozialmissbrauch: In all diesen Auswüchsen spielten auch Einheimische eine traurige Rolle, aber immer waren Einwanderer überproportional vertreten.

**Vollzug ohne Biss** Zwar wurden manche Gesetze verschärft, vor allem im Asylbereich, und es wurde viel versprochen, um Sozialbetrug und importiertes Verbrechen zu unterbinden, geschehen ist aber wenig. Philipp Müller, Präsident der FDP und ebenfalls ein grosser Verlierer, sagte es richtig in der Elefantenrunde des Schweizer Fernsehens: Der Bundesrat hat manches nicht umgesetzt, was den Druck der Zuwanderung gelindert hätte. Aus Arroganz, aus Unvermögen, aus Naivität? Wir wissen es nicht. Dass die Schweizer diesen offiziellen Beteuerungen nicht mehr trauen: Das ist die Botschaft, die Bern sehr zu denken geben muss. Regieren wird nie mehr so sein wie vor dem 9. Februar 2014.

Historisches hat sich zugetragen. Denn was die Schweizer gewagt haben, indem sie der Masseneinwanderungs-Initiative zustimmten – gegen den Willen fast aller Parteien, Verbände, Medien, Gewerkschaften und Publizisten – ist ungeheuerlich. Es ist eine tektonische Verschiebung im Gang. Zum ersten Mal seit der Ablehnung des EWR vor mehr als zwanzig Jahren riskiert unser Land ungeordnete

Beziehungen zu unserem wichtigsten Handelspartner EU.

### Peinliches Ritual

Dass die Bürger sich von den anmassenden Drohungen aus Brüssel und den panischen, fast unterwürfigen Warnungen aus Bern nicht mehr beeindruckt liessen, ist das eine. Dass sie offenbar bereit sind, mit den schlimmsten Konsequenzen zu leben, die darin bestehen, dass die EU die bilateralen Abkommen womöglich verwirft, zeigt, wie sehr die Menschen in diesem Land unter der Zuwanderung gelitten haben, ob aus Einbildung oder zu Recht.

Es zeigt aber auch – und das ist die gute Nachricht dieses legendären Sonntags –, dass die Schweizer und Schweizerinnen entschlossen sind, das Schicksal ihres Landes selber gestalten zu wollen. Wir können nicht alles, was unsere Souveränität ausmacht – und dazu gehört die Zuwanderungspolitik – auf dem Altar der europäischen Integration opfern, allein um einiger wirtschaftlicher Vorteile willen.

Unser Land ist wohlhabend genau aus diesem Grund: «Dass wir die Dinge selber in die Hand nehmen, immer wieder. Die Verlierer dieser Abstimmung haben lange etwas nicht begriffen: In der direkten Demokratie reagiert der Souverän auf nichts empfindlicher als auf die Versuche, seine Autonomie auf Dauer einzuschränken. Von der permanenten Erpressung aus Angst, die EU könnte uns Böses bereiten: Davon haben wir uns gestern befreit.

Am 9. Februar 2014 haben nicht bloss 50,3 Prozent des Volkes und 17 Stände gewonnen – sondern die ganze Schweiz. markus.somm@baz.ch **Seiten 2, 3, 4**

# Eine schwere Schlappe für den Bundesrat

SVP-Initiative knapp angenommen, grosse Mehrheit für Fabi, Vorlage zur Abtreibung deutlich verworfen

**Bern.** Der freie Personenverkehr zwischen der EU und der Schweiz steht vor dem Aus: 50,34 Prozent der Schweizer stimmten gestern für die Initiative «Gegen Masseneinwanderung», die von der SVP lanciert worden war. Die Stimmbeteiligung lag mit rund 56 Prozent ausserordentlich hoch.

Für den Bundesrat stellt das Ergebnis eine äusserst knappe, aber umso empfindlichere Niederlage dar: Für die Beziehungen zwischen Bern und Brüssel habe der Entscheid «weitreichende Folgen», sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) in Bern.

Die EU-Kommission liess vorerst verlauten, sie bedaure, dass eine Initiative zur mengenmässigen Beschränkung der Einwanderung durch diese Volksabstimmung angenommen wurde. Dies verletze das Prinzip des freien Personenverkehrs. Sommaruga sagte, es sei noch unklar, wie sich die EU zu

der neuen Situation stelle. Dies müsse in Verhandlungen mit Brüssel geklärt werden. «Wie diese ausgehen, ist ungewiss», so Sommaruga. Eine Vorlage zur Umsetzung werde noch in diesem Jahr in die Vernehmlassung geschickt, sagte Sommaruga.

Angaben zu deren Inhalt machte die Bundesrätin nicht. Die Verfassungsbestimmung lasse vieles offen, etwa wie die Kontingente festgelegt werden sollen, wer sie festlegt oder wie hoch die Kontingente sein sollen. Unklar sei beispielsweise auch, welche Branchen allenfalls auf ausländische Arbeitskräfte verzichten müssten, wenn die Kontingente ausgeschöpft seien. Die Schweiz müsse nun die offenen Fragen klären, die sich im Zusammenhang mit der Annahme der Initiative stellten.

Eine Kündigung des Freizügigkeitsabkommens steht für den Bundesrat aber nicht zur Diskussion, wie Bundes-

präsident Didier Burkhalter (FDP) klarstellte. Er erinnerte daran, dass zwischen der Schweiz und der EU auch noch andere Dossiers hängig sind.

### Bahnvorlage unbestritten

Ebenfalls angenommen wurde die Bahnvorlage Fabi: 62 Prozent der Stimmbürger sagten Ja. Eine Nein-Mehrheit resultierte lediglich im Kanton Schwyz. Am meisten Zustimmung erhielt die Bahnvorlage im Kanton Genf mit fast 77 Prozent.

Auch in den Kantonen Waadt, Basel-Stadt und Tessin lag die Zustimmung über 70 Prozent. Mit einem gesamtschweizerischen Ja-Stimmen-Anteil von 62 Prozent schnitt Fabi besser ab als in der letzten SRF-Umfrage, als sich 56 Prozent der Befragten für die Vorlage ausgesprochen hatten.

Deutlich verworfen haben Volk und Stände indes eine von christlichen und

konservativen Kreisen lancierte Volksinitiative, die Abtreibungen aus dem Leistungskatalog der Grundversicherung streichen wollte. 69,8 Prozent der Stimmbürger lehnten die Vorlage ab, 30,2 Prozent nahmen sie an.

Einzig im Kanton Appenzell Innerrhoden unterstützte eine Mehrheit die Initiative, und das mit einem Ja-Anteil von 50,9 Prozent. Damit bleibt es bei der seit Oktober 2002 geltenden Fristenregelung: Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Wochen sind nicht strafbar und werden von den Kassen bezahlt.

In der Westschweiz war das Nein zur Initiative mit Anteilen von mehr als 75 Prozent viel klarer als in der Deutschschweiz. In der Waadt sagte nur rund jeder zehnte Stimmende Ja zur Initiative – der Nein-Anteil lag bei rund 89,1 Prozent, im Nachbarkanton Genf waren es 86,2 Prozent. SDA/hjm **Seiten 2 bis 6**

ANZEIGE

coop pronto präsentiert Ihnen

Gratistickets für das Spiel gegen Langnau sind ausschliesslich in folgenden Coop Pronto mit Tankstelle erhältlich:  
Basel-St. Jakob, Muttenz, Pratteln, Arlesheim, Allschwil

Es gilt solange s' hett!

**EHC BASEL SHARKS**  
WWW.SHARKS.CH

**SCL TIGERS**  
Dienstag, 11.02.14, 20:00 Uhr